



PROTOKOLL

Mitgliederversammlung GRÜNE Stadt Zürich

25. August 2026

Datum	Dienstag, 25. August 2026
Organisation	GRÜNE Stadt Zürich

Traktanden

- 1. Eröffnung / Begrüssung
- 2. Formales
- 3. Petitionen
- 4. Vorstellung aktuelle Kampagnen
- 5. Informationen zu den Abstimmungsvorlagen vom 27. September 2026
- 6. Neue Legislatur Behördenmitglieder
- 7. Information zu den Erneuerungswahlen Delegierte / Ersatzdelegierte GPS
- 8. Berichte aus den Räten, den Jungen Grünen und der AG Mobilität
- 9. Varia & Abschluss

1. Eröffnung / Begrüssung

Die Mitgliederversammlung wird von Anna Schmaltz eröffnet. Unter dem Titel «Wir brauchen mehr Druck. Zusammen solidarisch gegen die Aufrüstung.» wird anschliessend Catalina Hofmann begrüsst, Gemeinderätin der GRÜNEN.

Catalina Hofmann spricht über den Hitzesommer 2026 und die Belastung, die dieser für viele Menschen psychisch und physisch mit sich gebracht habe. Sie beschreibt ihre Wut darüber, dass extreme Hitze, Brände und die Folgen der Klimakrise zunehmend zur Realität würden. Gleichzeitig kritisiert sie die bürgerliche Mehrheit, die ihrer Einschätzung nach zu wenig gegen die Klimakrise unternehme.

Sie betont, dass sich die Klimakrise weiter verschärfen werde und Resignation deshalb der schlechteste Weg sei. Die Anwesenden seien zusammengekommen, weil sie an eine gute Zukunft glaubten. Es brauche weiterhin politischen Druck und konkrete Lösungen.

Catalina Hofmann verweist zudem auf eine eingereichte Petition zum Schutz vor Hitze. Sie betont, dass nicht aufgegeben werden dürfe und dass Lösungen vorhanden seien, unter anderem eine stärker pflanzliche Ernährung und ein reduzierter Konsum.

2. Formales

Zum Protokoll der vorherigen Mitgliederversammlung werden keine Anmerkungen angebracht. Das Protokoll wird abgenommen.

Auch die Traktandenliste wird abgenommen.

Als Stimmzähler*innen werden Luca Maggi sowie eine weitere Person eingesetzt, deren Name in den Notizen nicht festgehalten ist.

3. Petitionen

3.1 Petition Sihlhochstrasse

Silvia Rigoni stellt die Petition zur Sihlhochstrasse vor. Die Sihlhochstrasse besteht seit über 50 Jahren. Rigoni weist darauf hin, dass der Bereich unterhalb der Hochstrasse heute bereits vergleichsweise kühl sei. Als Beispiel für eine mögliche Aufwertung verweist sie auf die frühere Verschönerung des Schanzengrabens. Ähnliche Ideen könnten auch bei der Sihlhochstrasse umgesetzt werden, beispielsweise mit Holzstegen.

Mit der Petition soll der Stadtrat aufgefordert werden, die Natur und die Möglichkeiten einer ökologischen und stadträumlichen Aufwertung stärker zu berücksichtigen. Silvia Rigoni erklärt, dass sie gemeinsam mit Sabine Arnold und einer weiteren Person an der Petition arbeitet. Zum Zeitpunkt der Mitgliederversammlung seien bereits rund 500 Unterschriften gesammelt worden.

Die Anwesenden werden gebeten, die Petition zu unterschreiben. Die Petition wird von den Kantonsrät*innen beziehungsweise den Kreisparteien 1 & 2 sowie 3 & 9 unterstützt.

3.2 Petition «Gratis Openairs»

Eticus Rozas stellt die Petition «Gratis Openairs» vor. Gratis Openairs seien ein wichtiger und beliebter Bestandteil des städtischen Lebens. Gleichzeitig sei dieses Angebot finanziell verwundbar, beispielsweise wenn Veranstaltungen wegen Gewitter oder schlechtem Wetter ausfallen müssten.

Mit der Petition soll erreicht werden, dass Gratis Openairs im Kulturleitbild der Stadt Zürich verankert werden. Gefordert werden insbesondere mehr Sichtbarkeit, finanzielle Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen.

Die Anwesenden werden aufgefordert, die Petition zu unterschreiben und die entsprechenden Flyer mitzunehmen.

4. Vorstellung aktuelle Kampagnen

4.1 Positionspapier Verkehr und städtische Mobilität

Sarah Dähler stellt das geplante Positionspapier zu Verkehr und städtischer Mobilität vor. Mitglieder werden eingeladen, eigene Gedanken und Anliegen an das Sekretariat zu melden. Ziel ist es, daraus Vorstösse im Gemeinderat zu entwickeln. Als ein zentrales Thema wird «Vision Zero» genannt.

Sarah Dähler betont, dass Mobilität für alle funktionieren und nicht primär verbietend wirken solle.

Eticus Rozas führt zur Vision Zero aus, dass die Zahl der Verkehrstoten auf fünf gesenkt worden sei, während gleichzeitig die Zahl der Verletzten weiterhin steige. Als aktuelles Hindernis wird ein Konflikt mit dem Kanton im Zusammenhang mit dem Abbau eines Velowegs genannt. Das «Anti-30-Diktat» des Kantons wird kritisch beurteilt.

Die Kampagne befindet sich zum Zeitpunkt der Mitgliederversammlung in der Phase der Komiteebildung. Im Oktober soll etwas lanciert beziehungsweise eine Beschlussfassung vorbereitet werden. Nach der nächsten Mitgliederversammlung ist zudem ein Kampagnentag vorgesehen.

4.2 Murrelgespräch zum Positionspapier

In einem Murrelgespräch werden die Mitglieder gefragt, welche Inhalte sie sich für das Positionspapier wünschen.

Aus dem Publikum werden unter anderem eine autofreie Stadt sowie eine kritische Haltung gegenüber Trottinets und E-Bikes genannt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass eine vollständig autofreie Stadt schwierig umzusetzen sei, da nicht alle Strassen im Zuständigkeitsbereich der Stadt lägen.

In der Diskussion wird festgehalten, dass der Besitz eines Autos grundsätzlich möglich bleiben könne, das Autofahren aber weniger attraktiv gemacht werden solle, beispielsweise durch Tempo 30. Gleichzeitig müsse vor allem das Angebot für andere Verkehrsteilnehmende attraktiver werden. Dafür brauche es bessere Infrastruktur.

Es wird angeregt, Fussgänger*innen ausdrücklich in das Positionspapier aufzunehmen. Genannt werden insbesondere mehr Platz für Fussgänger*innen bei Haltestellen sowie das Konzept der Superblocks. Dazu laufen bereits Testquartiere; die Stadt verfolgt Superblocks als Ziel.

Weitere Themen der Diskussion sind die Zusammenarbeit mit dem Kanton, der Pendlerverkehr aus der Agglomeration in die Stadt, Motorräder als weitere Verkehrsform sowie die Schifffahrt auf dem Zürichsee. Auch die Velovorzugsrouten werden angesprochen.

Silvia Rigoni weist darauf hin, dass zahlreiche Menschen aus dem Kanton in die Stadt Zürich pendeln. Deshalb müsse auch die Frage berücksichtigt werden, wie mit dem Verkehr aus der Agglomeration umgegangen werden könne.

5. Informationen zu den Abstimmungsvorlagen vom 27. September 2026

Die Parolen zu den Abstimmungsvorlagen sind vom Vorstand bereits gefasst worden. Die Mitglieder werden darauf hingewiesen, dass grundsätzlich ein Rückkommen möglich wäre. Bei den behandelten Vorlagen wird jeweils festgehalten, ob ein Rückkommen beantragt wird.

5.1 BZO-Teilrevision Hochhäuser

Brigitte Fürer stellt die Vorlage zur BZO-Teilrevision Hochhäuser vor. Sie erläutert, dass der Hochhausplan aus den 2000er-Jahren stamme und inzwischen zusätzliche Gebiete hinzugekommen seien. Für die Höhe von Hochhäusern bestehen verschiedene Richtlinien. Über diese Richtlinien könne die Mitgliederversammlung nicht abstimmen, da sie vom Stadtrat festgelegt würden.

Fürer bezeichnet ein Hochhaus als Privileg und vertritt die Auffassung, dass ein solches Privileg einen konkreten Nutzen beziehungsweise eine Gegenleistung für die Bevölkerung bringen müsse. Sie erklärt zudem, dass im Rahmen der Beratung viele Hochhäuser aus dem Ergänzungsplan gestrichen worden seien.

In der Kommission habe man sich insbesondere für eine Baumpflanzpflicht eingesetzt. Dafür habe sich jedoch keine Mehrheit gefunden. Als Argument wird angeführt, dass ein Hochhaus zwar zusätzliche Höhe ermögliche, dadurch aber nicht automatisch mehr Bodenfläche entstehe und Grünflächen sowie Bäume besonders berücksichtigt werden müssten.

Auf die Frage, weshalb der Wohnflächenbedarf steige, wird geantwortet, dass insbesondere die Wohnungen in den oberen Geschossen als Luxuswohnungen ausgestaltet würden.

Auf die Frage, weshalb die Höhen von 60 beziehungsweise 80 Metern nicht ebenfalls gestrichen worden seien, wird erklärt, dass mit zunehmender Gebäudehöhe auch die Anforderungen an die Gebäude steigen würden.

Die Parole des Vorstands wird bestätigt. Es wird kein Rückkommen beantragt.

5.2 Zusatzkredit für die Zürcher Kunstgesellschaft und die Stiftung Kunsthhaus

Urs Riklin präsentiert den Zusatzkredit für die Zürcher Kunstgesellschaft und die Stiftung Kunsthhaus. Vorgesehen ist eine Erhöhung der wiederkehrenden Ausgaben um 7,3 Millionen Franken pro Jahr auf 25,7932 Millionen Franken pro Jahr.

Riklin erläutert die historische Situation des Kunsthhauses: Dieses sei ursprünglich privat organisiert gewesen; die Stiftung sei später von der Stadt Zürich gegründet worden. Die beantragte Erhöhung stehe insbesondere im Zusammenhang mit dem Neubau. Bei Bau und Betriebskosten seien gewisse Kosten falsch kalkuliert worden. Gleichzeitig müssten die älteren Gebäude saniert werden.

Im Gemeinderat sei die Vorlage weitgehend unbestritten gewesen. Die GRÜNEN wollten das Kunstmuseum nicht «zum Scheiterhaufen führen», gleichzeitig aber die Beiträge begrenzen. Dies sei im politischen Prozess erfolgreich eingebracht worden. Als weitere Leistung könne erreicht werden, dass das gesamte Kunsthhaus künftig viermal pro Jahr gratis besucht werden könne.

Für 2033 werde insbesondere erwartet, dass sich der betriebliche Aspekt verbessert habe. Riklin bittet die Mitgliederversammlung, die JA-Parole zu bestätigen.

Auf die Frage, weshalb nur vier kostenlose Besuche pro Jahr vorgesehen seien, wird erläutert, dass in der Schweiz teilweise die Haltung bestehe, dass etwas, das nichts koste, auch weniger wertgeschätzt werde. Gleichzeitig brauche das Kunsthhaus eigentlich mehr Geld; die GRÜNEN wollten aber die Kultur unterstützen und die Finanzierung verantwortungsvoll gestalten.

Anna Beatrice ergänzt, dass die Unterstützung der Kunst wichtig sei und es wünschenswert wäre, wenn auch die Zentralwäscherei stärker unterstützt würde.

Es wird kein Rückkommen beantragt. Die JA-Parole wird gefasst beziehungsweise bestätigt.

5.3 Rahmenkredit von 80 Millionen Franken für die öV-Infrastruktur

Martin Busekros präsentiert den Rahmenkredit von 80 Millionen Franken für die Planung und Projektierung der öV-Infrastruktur sowie die Realisierung betrieblicher Netzoptimierungen.

Er erläutert, dass das ursprünglich vorgesehene Paket von 450 Millionen Franken auf 80 Millionen Franken reduziert worden sei. Die GRÜNEN wollten nicht nur die konkrete Realisierung von Bauprojekten finanzieren, sondern auch die notwendige Planung. Gleichzeitig wird kritisiert, dass der Kanton die Stadt bei der Finanzierung nicht genügend unterstütze.

Die GRÜNEN unterstützen den Rahmenkredit, weil damit wichtige Projekte für einen besseren öffentlichen Verkehr vorangebracht werden können.

Die JA-Parole wird gefasst. Es wird kein abweichender Rückkommensantrag festgehalten.

5.4 Neue Rechtsgrundlagen für die Asyl-Organisation Zürich (AOZ)

Im Zusammenhang mit der Teilrevision der Gemeindeordnung und der Totalrevision der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich wird die Entwicklung der AOZ thematisiert. Die AOZ sei in den vergangenen Jahren stark gewachsen; der Umsatz habe sich innerhalb von zehn Jahren beinahe vervierfacht.

Die Reform betrifft unter anderem Fragen der Mindeststandards und Regelungen für die Organisation. Es wird betont, dass Wachstum nicht um jeden Preis erfolgen solle, sondern nur dort, wo es sinnvoll und

qualitativ vertretbar sei. Gleichzeitig werde das Eigenkapital der AOZ erhöht, wodurch die Organisation mehr Flexibilität erhalten solle.

Der Vorstand habe die JA-Parole einstimmig gefasst.

Im anschliessenden offenen Murrelgespräch werden Fragen zur Dossierführung und zur Rolle der AOZ diskutiert. Es wird festgehalten, dass gute Chancen bestünden, die Vorlage durchzubringen. Gleichzeitig sei es wichtig, die Mitarbeitenden der AOZ zu unterstützen. Die AOZ sei weder eine klassische städtische noch eine private Organisation, was die Situation komplex mache. Es brauche gute menschenrechtliche Standards.

Es wird zudem darauf hingewiesen, dass der Geschäftsbericht sehr genau gelesen werden solle. Daraus könnten sich Hinweise und kritische Fragen ergeben; insbesondere müsse beobachtet werden, wie sich einzelne Bereiche und Kennzahlen verändern.

Katharina Prelicz-Huber weist darauf hin, dass die Problematik auch mit der Finanzierung durch den Bund zusammenhänge. Der Bund sei für die Finanzierung verantwortlich, finanziere aber aus ihrer Sicht zu tief.

Es wird kein Rückkommen beantragt. Die JA-Parole wird gefasst beziehungsweise bestätigt.

5.5 Entschädigungen des Gemeinderats

Leonora Seiler präsentiert die Totalrevision der Entschädigungsverordnung des Gemeinderats. Zwischen den beteiligten Parteien, insbesondere mit der FDP, sei ein Kompromiss erreicht worden.

Sie erläutert, dass die bisherige Entschädigung einem Stundenlohn von lediglich rund 17 Franken entsprochen habe. Mit der neuen Regelung steige die Entschädigung um rund 30 Prozent. Dies könne auch zu mehr Diversität im Gemeinderat beitragen, da die politische Tätigkeit weniger stark von der persönlichen finanziellen Situation abhängig sei.

Gleichzeitig wird betont, dass auch die neue Entschädigung noch nicht vollständig dem tatsächlichen Arbeitsaufwand entspreche. Die Arbeit im Gemeinderat müsse angemessen entschädigt werden.

Es gibt keine weiteren Fragen. Es wird kein Rückkommen beantragt. Die JA-Parole wird gefasst.

6. Neue Legislatur Behördenmitglieder

Im Rahmen des Überblicks über die neue Legislatur werden verschiedene Behörden und Mandate vorgestellt. Die Präsentation enthält dazu die jeweiligen personellen Veränderungen.

Besonders verabschiedet wird Dominik Waser aus der Geschäftsleitung. Es wird ihm für sein grosses Engagement bei den Gemeinderatswahlen gedankt. Hervorgehoben werden sein grosser Einsatz, seine Unterstützung der GRÜNEN sowie sein Ideenreichtum. Die Versammlung bringt ihre grosse Wertschätzung und ihren Dank zum Ausdruck.

Die weiteren Bereiche werden in der Präsentation unter den folgenden Kategorien aufgeführt: Justizbehörden, Kreisschulbehörden, Schulkommission, Sozialbehörde und Stiftung PWG.

Die detaillierte Personenübersicht zu den verabschiedeten und weiterhin engagierten Behördenmitgliedern ist in der Präsentation enthalten. Die Sitzungsnotizen enthalten hierzu keine zusätzlichen Einzelheiten zu den jeweiligen Wahlen.

7. Information zu den Erneuerungswahlen Delegierte / Ersatzdelegierte GPS

Im Hinblick auf die Erneuerungswahlen an der Mitgliederversammlung vom 27. Oktober 2026 wird über die Delegierten und Ersatzdelegierten der GPS informiert.

Es werden Delegierte für die GPS gesucht. Interessierte Mitglieder werden aufgefordert, sich zu melden.

Gemäss Präsentation verabschieden sich Pida Schneider und Beat Hess als Delegierte sowie Yvonne Bollinger als Ersatz-Delegierte. Für weitere zwei Jahre stellen sich Eticus Rozas und Laurence Duc als Delegierte sowie Felix Moser und Daniel Leupi als Ersatz-Delegierte zur Verfügung.

8. Berichte aus den Räten, den Jungen Grünen und der AG Mobilität

8.1 Nationalrat

Katharina Prelicz-Huber berichtet aus dem Nationalrat. Für die GRÜNEN bleibe der Klimaschutz ein zentrales Thema. Ein umfassendes Vorstosspaket sei vorgesehen. Genannt werden unter anderem eine Solaroffensive und die Stärkung des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem motorisierten Individualverkehr.

Da die GRÜNEN auf nationaler Ebene nicht über eine Mehrheit verfügten, solle insbesondere auf städtischer Ebene möglichst viel umgesetzt werden.

Prelicz-Huber kritisiert die aktuellen Prioritäten des Bundes. Der Bund habe eine Milliarde Franken zusätzliche Einnahmen; gleichzeitig würden aus ihrer Sicht hohe zusätzliche Mittel in die Armee fliessen, während für Entwicklungshilfe und Forschung sowie insbesondere für Klimaschutz und den Schutz von Frauen zu wenig vorgesehen seien.

8.2 Kantonsrat

Silvia Rigoni berichtet aus dem Kantonsrat und beschreibt die politische Situation als von bürgerlicher Politik geprägt. Martin Neukom habe eine persönliche Erklärung zum Schutz vor Hitze und Dürre abgegeben.

Rigoni kritisiert, dass aus den zuständigen Bereichen Gesundheit und Bildung zu wenig zum Thema Hitze zu hören gewesen sei. Die GRÜNEN hätten deshalb verschiedene Vorstösse zum Schutz vor Hitze und Dürre lanciert.

Ein weiteres Thema sind Unterbauungen. Ein vollständiges Verbot von Unterbauungen habe keine Mehrheit gefunden. Stattdessen werde nun ein Anreizsystem diskutiert: Wer auf eine Unterbauung verzichtet, soll dafür einen Anreiz erhalten. Ziel sei insbesondere, mehr Möglichkeiten für Baumpflanzungen zu schaffen.

Weiter werden ein kantonaler Masterplan Hitzeschutz und eine Wasserstrategie thematisiert. Beim Wasser brauche es mehr Klarheit hinsichtlich möglicher Knappheit und ein besseres Wassermanagement.

Rigoni berichtet zudem, dass bürgerliche Kräfte weniger Vorschriften für Klimaanlage verlangten. Ausserdem solle die Regierung eine Forschung zu den in den Notizen als «Schrankkinder» bezeichneten Fällen in Auftrag geben.

8.3 Gemeinderat

Martin Busekros und Leonora Seiler berichten aus dem Gemeinderat. Auch dort steht das Thema Hitze im Zentrum. Ein umfassendes Vorstosspaket zum Thema Hitze wurde eingereicht.

Genannt werden Schutzmassnahmen ab bestimmten Temperaturen sowie Möglichkeiten für Homeoffice oder Unterbrüche bei extremer Hitze. Zudem wird ein Postulat zur Anpassung der Öffnungszeiten der Sommerbäder erwähnt, damit diese länger geöffnet werden können.

Weitere Vorstösse betreffen den Zugang zu Trinkwasser: Alle 200 bis 300 Meter soll ein Zugang zu Trinkwasser möglich sein. Ein weiteres Postulat betrifft die Warnung der Bevölkerung und die Information darüber, was bei Hitze getan werden kann. Zudem ist eine Online-Karte mit kühlen Orten vorgesehen.

Weiter wird eine Motion für eine Hitze-Taskforce sowie ein Postulat für schattige Fuss- und Velowege durch Begrünung genannt. Das Thema sei auch von den Medien aufgenommen worden.

Es wird informiert, dass Roland Hohmann per Ende August aus dem Gemeinderat austritt. Seine Verabschiedung soll später erfolgen. Melanie wird ihn ersetzen.

Martin Busekros weist ausserdem darauf hin, dass es bei Investitionen zu politischen Konflikten kommen werde. Die GRÜNEN hätten dabei ihre eigenen grünen Investitionsvorstellungen im Blick.

8.4 Stadtrat

Balthasar Glättli berichtet rund 90 Tage nach seinem Amtsantritt aus dem Stadtrat und bedankt sich bei den Mitgliedern für die Unterstützung. Er beschreibt die neuen Mitglieder als Personen mit grosser Lust, bestehende Strukturen zu hinterfragen und mit visionären Ideen Veränderungen anzustossen.

Im Schul- und Sportdepartement sieht Glättli eine wichtige und zugleich erfreuliche Herausforderung. Zukunft beginne in der Schule. Rund ein Drittel des städtischen Personals arbeite in seinem Departement.

Ein Schwerpunkt ist auch hier das Thema Hitze. Glättli erklärt, dass die GRÜNEN grundsätzlich für Klimaanlagen seien, insbesondere für kranke Menschen, ältere Menschen und Kinder. Gleichzeitig müsse die Energieversorgung entsprechend weiterentwickelt werden. Klimaanlagen seien nicht zwingend reine «Stromfresser», sondern könnten als Wärmepumpen Wärme aus Gebäuden abführen. Der dafür benötigte Strom könne unter anderem durch eine verstärkte Solaroffensive bereitgestellt werden.

Glättli verweist zudem auf weitere Energieeinsparpotenziale. Ein erheblicher Anteil des Energieverbrauchs könne als Verbrauch ohne Nutzen betrachtet werden und müsse reduziert werden. Gleichzeitig solle der Konsum insgesamt zurückgeschraubt werden.

Der Lebensraum Schule umfasse nicht nur das Schulzimmer. Auch Pausenplätze und das Umfeld müssten stärker berücksichtigt und begrünt werden. Glättli betont, dass Bäume und Begrünung möglichst heute gepflanzt werden müssten, damit sie in Zukunft Wirkung entfalten könnten.

Weiter wird die Öffnung des schulischen Raums thematisiert. Schulen verfügten über viele Räume, darunter Turnhallen und weitere Schul- und Freibadräume, die ausserhalb der regulären Zeiten stärker öffentlich genutzt werden könnten. Ziel sei ein «Lebensraum Schule für alle».

Zum Schluss wird die «Liberale Volksschule» als Versprechen für die Zukunft, für Chancengerechtigkeit und dafür beschrieben, dass in der Volksschule Zukunft statt Herkunft zählen soll.

8.5 Junge Grüne

Zoe berichtet über das Positionspapier zur Care-Arbeit. Die Jungen Grünen koordinieren einen Streik für 2027.

Weiter wird die Ernährungskasse vorgestellt. Ziel ist, mehr Menschen Zugang zu lokalen Lebensmitteln zu ermöglichen. Dazu soll eine Motion eingereicht werden.

8.6 AG Mobilität

Die AG Mobilität berichtet durch Diego Gregorio. Der Fokus liege weiterhin auf dem Velo. Die AG verfügt über ein neues Lastenvelo und bittet die Mitglieder, dieses möglichst häufig zu nutzen.

Die AG lädt die Mitglieder ein, bei ihr vorbeizukommen und sich an der Arbeit zu beteiligen.

9. Varia & Abschluss

Zum Abschluss werden die kommenden Veranstaltungen im September angekündigt:

- 18. September: Parking Day
- 20. September: Lauf gegen Rassismus und Velo-Demo
- 25. September: Demonstration «Keine 50 Grad Sommer»

Insbesondere zur Demonstration «Keine 50 Grad Sommer» werden die Mitglieder aufgerufen, zahlreich teilzunehmen. Es wird betont, dass es die GRÜNEN brauche und möglichst viele Menschen für die Demonstration mobilisiert werden sollten.

Zusätzlich wird auf ein Fest zu den Kantonsratswahlen am Samstagabend, 29. August, hingewiesen.

Die Mitgliederversammlung wird anschliessend geschlossen.

Übersicht der in der Versammlung dokumentierten Parolen

Die folgenden Parolen und Entscheide ergeben sich aus den Sitzungsnotizen. Sie werden hier getrennt von den politischen Diskussionen zusammengefasst.

Vorlage	Parole / Entscheid	Rückkommen
BZO-Teilrevision Hochhäuser	JA-Parole gemäss Vorstand / bestätigt	Kein Rückkommen
Zusatzkredit Zürcher Kunstgesellschaft / Kunsthaus	JA-Parole	Kein Rückkommen
Rahmenkredit öV-Infrastruktur, 80 Mio. Fr.	JA-Parole	—
Neue Rechtsgrundlagen AOZ / Teilrevision GO	JA-Parole	Kein Rückkommen
Entschädigungen des Gemeinderats	JA-Parole	Kein Rückkommen